

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung Juni 2018

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Aussprache: Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen**

Insgesamt ist der neue Theaterpakt ein Schritt nach vorne, doch ein Befreiungsschlag ist er nicht. Der Teufel steckt im Detail. Es werden weiterhin Stellen abgebaut und wie groß die finanzielle Belastung der Kommunen tatsächlich sein wird, bleibt noch unklar. Die Tarifierhöhungen werden auch zukünftig mit der Nicht-Wiederbesetzung von Stellen kofinanziert. Nach wie vor geht es nicht um die Qualität an den Häusern (Spielplan, Personal, Ausstattung). Lediglich die bisher noch geplanten Fusionen haben sich erledigt.

## **Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Mindestarbeitsbedingungen sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern - TVgG-M-V) ([Drs. 7/1992](#))**

Vergangene Legislatur „Kleine Novelle“ auf CDU-Wunsch und in Aussicht gestellte „Große Novelle“ von der SPD. Die Anwendung von sozialen und ökologischen Kriterien findet so gut wie nie statt. Etwa bei 5 bis 10 Prozent aller Vergaben kommt es dazu. Wir fordern deshalb eine Pflicht. Nach wie vor regiert der Preis bei der Auftragsvergabe. Bestbieterprinzip und Präqualifikation; Nur der Bieter, der den Zuschlag erhält, muss alle Nachweise einreichen. Das spart den Unternehmen und den Vergabestellen Zeit und Geld. Präqualifikation: Einmal im Jahr können die Unternehmen alle Unterlagen zentral einreichen und können dann an allen Vergaben teilnehmen ohne nochmals alles einzureichen.

## **Aussprache: Keinen Überwachungswahn nach bayerischem Vorbild**

Hintergrund ist das politisch und juristisch hoch umstrittene neue Polizeiaufgabengesetz in Bayern, in dessen Windschatten bereits mehrere Bundesländer ihre Regelungen verschärfen wollen. Dies wollen wir für Mecklenburg-Vorpommern mit einer frühzeitigen Positionierung des Landtages verhindern: Sicherheit ist wichtig, aber nicht auf verfassungsrechtlichen Abwegen.

## **Freie Fahrt mit Bus und Bahn für Kinder und Jugendliche mit dem Mobi-Pass - Initialzündung für den Nahverkehr ([Drs. 7/2250](#))**

Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche mit Bus und Bahn soll in M-V eine Initialzündung für den Nahverkehr bewirken. Mit dem Mobi-Pass sollen Schüler, Azubis und Studierende landesweit, jederzeit und ganzjährig kostenfrei mobil sein mit Bus und Bahn. Zur Vermeidung von Insellösungen und für Chancengleichheit muss das Land kreisliche Angebote wie das Schüler-Freizeit-Ticket und das Schüler-Ferien-Ticket des Landes zum landesweit gültigen Mobi-Pass weiterentwickeln. Mit deutlich mehr Landesunterstützung sollen Landkreise und kreisfreie Städte das Nahverkehrsangebot so verbessern können, dass es allen nützt und besonders Dörfer und Ortslagen profitieren, die weitgehend vom Nahverkehr abgehängt sind. Was künftig ohnehin fährt, soll auch gut genutzt werden – zunächst kostenfrei für Kinder und Jugendliche.

## **EU-Kohäsionspolitik für Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher fortentwickeln - massiven Kürzungen entschieden entgegentreten ([Drs. 7/2251](#))**

Im Mai hat die EU-Kommission ihren Vorschläge für den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union und für die zukünftige Ausgestaltung der EU-Kohäsionsförderung ab 2021 vorgestellt. Deutschland erwarten demnach Kürzungen von etwa 20 Prozent. Da Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin substanzielle Unterstützung aus den EU-Fonds benötigt, muss sich die Landesregierung auf Bundes- und Europaebene für eine weitgehende Beibehaltung der bisherigen Förderpolitik einsetzen.

## **Kampagne „Ärztliche Versorgung auf dem Land“ in Mecklenburg-Vorpommern aufgreifen und umsetzen ([Drs. 7/2249](#))**

In Mecklenburg-Vorpommern fehlten Ende 2016 129 Hausärzte. Diese Zahl wird sich noch erhöhen, wenn diejenigen, die kurz vor dem Rentenalter sind, keinen Nachfolger finden. Das sind in den nächsten 4 Jahren nochmals 200 Ärzte. Vor allem in den stadtfernen, ländlichen Regionen fehlen Ärzte und die medizinische Infrastruktur. Für die bedarfsgerechte Niederlassung von ambulanten Medizinern ist eigentlich die Kassenärztliche Vereinigung von Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Da sie für die unterversorgten Gebiete aber nicht ausreichend Hausärzte gewinnen kann, fordert die Linksfraktion ein stärkeres Engagement der Landesregierung.

## **Aussprache: Vorbildfunktion Rechnung tragen - Restriktive Regelungen für den Abschluss von Zeitverträgen in Landesministerien und Landesbehörden durchsetzen**

Seit 2012 steigt in den Landesministerien die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse sowohl in absoluten Zahlen als auch deren Anteil an allen Neueinstellungen. 59 Arbeitsverhältnisse wurden sogar mehrfach befristet. Spitzenreiter ist eine Befristung von 168 Monaten, was 14 Jahren entspricht. Die Zunahme befristeter Stellen betrifft neben dem Wirtschaftsministerium vor allem die SPD-geführten Häuser für Bildung, Soziales und Landwirtschaft. Spitzenreiter ist das Landwirtschaftsministerium mit einer durchschnittlichen Befristungsdauer von 84,4 Monaten. Das steht in eklatantem Widerspruch zur erklärten Zielstellung der Ministerpräsidentin, für gute und familienfreundliche Arbeit zu sorgen. Die Landesregierung muss Vorbild sein, sachgrundlose Befristungen abschaffen und die Befristung von Arbeitsverhältnissen wie Hamburg rigoros begrenzen. Darüber hinaus muss die Landesregierung auf Bundesebene aktiv werden, damit ihr Ringen um gute Arbeit nicht zu einer Worthülse verkommt

## **Fachkräfte langfristig binden - ganzjährige Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe fördern ([Drs. 7/2252](#))**

8.000 bis 10.000 Beschäftigte in M-V haben Saisonverträge, arbeiten in der Hochsaison und sind in den Wintermonaten arbeitslos. Für die Beschäftigten ist das nicht zuletzt für das Einkommen und die spätere Rente Mist. Aber auch die Unternehmen müssen sich Jahr für Jahr abmühen, um in der Hauptsaison gute Mitarbeiter zu finden. Die Linksfraktion will die ganzjährige Beschäftigung fördern und fordert ein Landesprogramm „Saisonzuschuss“. Dabei werden in der Nebensaison 40 Prozent der Lohnkosten vom Staat übernommen und der Unternehmer hat maximal 5 Jahre Zeit, um alles Mögliche auszuprobieren, wie die Saison verlängert werden und der Beschäftigte später auch ohne Förderung ganzjährig beschäftigt werden kann.

## **Fluchtursachen bekämpfen - Landeskampagnen zu deren Beseitigung initiieren und unterstützen ([Drs. 7/2253](#))**

Seit Jahren beklagen viele Menschen in unserem Land, aber auch Politikerinnen und Politiker die Zuwanderung von Menschen aus Afrika, dem Nahen Osten oder aus Asien nach Deutschland und Europa. Für diese Zuwanderung gibt es – wie auch für die Auswanderung aus Deutschland – im Einzelfall ganz individuelle Gründe wie die Liebe zu einem Land, einer Landschaft oder einem Menschen. Im Gegensatz dazu gibt es für die Flucht tausender, ja hunderttausender oder gar Millionen von Menschen aus einem Land nicht individualisierte, massive Gründe. Die Landesregierung soll deshalb Initiativen

ergreifen und unterstützen, mit denen über die weltweiten Fluchtursachen und ihre Verursacher aufgeklärt wird. Darüber hinaus soll sie Kriterien für die Beschaffung von Produkten in den Behörden des Landes und nachgeordneten Einrichtungen erarbeiten, die dem erstgenannten Ziel entsprechen.

**Fairer Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg ([Drs. 7/2254](#))**

Ende 2017 wurde bekannt, dass die Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg zum Ende 2018 geschlossen werden soll. Die Justizministerin teilte im Rahmen der Fragestunde des Landtags mit, dass die Versetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum 31.12.2018 und im Wesentlichen unter Berücksichtigung sozialer und familiärer Gesichtspunkte erfolgen wird. Wie sich jetzt herausstellte, soll mit der Versetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits am 01. 09.2018 und offenbar ohne Berücksichtigung deren sozialer und familiärer Belange begonnen werden. Insofern hat die Justizministerin Wortbruch begangen und auch wenn man an Beamte besondere Anforderungen stellen kann, darf so nicht mit ihnen verfahren werden.